

Matthias Junge

Die Deutungsrahmen für den 11. September in den Kommentaren ausgewählter Tageszeitungen¹

Problemstellung

Massenmedien können als ein soziales System mit immer noch wachsender gesellschaftlicher Bedeutung aufgefasst werden. Durch ihre Konstruktion der Realität ermöglichen sie Realitätszugang. Sie legen fest, welchem Ausschnitt der Realitätskonstruktion Aufmerksamkeit gewidmet wird, stellen „öffentliche Gegenwart“ (Keppler 2000: 141) her und bieten durch ihre thematischen Selektionen Orientierung im unendlichen Ereignisraum. Massenmedien sind für die Entstehung eines öffentlichen Bewusstseins, einer Einschätzung, Bewertung und Bewältigung von Ereignissen unverzichtbar. Dies gilt vor allem in Krisensituationen wie dem Geschehen vom 11. September.

Wie haben die Qualitätszeitungen der BRD diese Herausforderung bewältigt? Um eine Antwort zu finden, werden die Ergebnisse einer inhaltsanalytischen Untersuchung der Bewältigung des 11. September in allen Qualitätszeitungen (vgl. Schönbach 1977; Wilke 1999) sowie, um auch eine neuere Position im Spektrum politischer Meinungsäußerungen zu berücksichtigen, zusätzlich dem Neuen Deutschland vorgestellt. An einer qualitativen Inhaltsanalyse (vgl. Mayring 1993) von insgesamt 273 Leitartikeln und Kommentaren aus DIE WELT (50 Kommentare), Frankfurter Allgemeine Zeitung (38), Süddeutsche Zeitung (47), Frankfurter Rundschau (42), tageszeitung (42) und Neues Deutschland (54) soll gezeigt werden, welche Deutungsrahmen zur Bewältigung angeboten werden.²

Die Ziele der Untersuchung der Bewertungen und Deutungen der Zeitungen zwischen dem 12. September und dem 8. Oktober 2001, dem ersten Tag nach dem Beginn militärischer Handlungen in Afghanistan, die sich auf die Ereignisse des 11. Septembers beziehen, sind a) die Rekonstruktion der Deutungsrahmen und ereignisbezogenen Kennzeichnungen des Geschehens, kurz: die Erarbeitung einer „Semantik des Unfassbaren“ (vgl. Vorländer 2001), und b) ihre Zurückführung auf die den Deutungsmustern als Metarahmen zu Grunde liegenden politischen Positionen und Bewertungspräferenzen.

Der Hintergrund der Untersuchung, der eine wissenssoziologische Analyse von Qualitätszeitungen ermöglicht, ist ein systemtheoretisches Verständnis von Mas-

senmedien, das einleitend expliziert und mit einer Skizze der methodischen Vorgehensweise beschlossen wird. Anschließend erfolgt die Darstellung der Ergebnisse in drei Schritten. Zuerst wird eine grobe Charakterisierung der Deutungsrahmen der Zeitungen gegeben, sodann zweitens eine querschnittliche Darstellung der ersten Phasen des Aufbaus eines ereignisbezogenen Deutungsrahmen - dem Finden einer Sprache, und drittens wird schließlich eine Rekonstruktion der Deutungsrahmen im Hinblick auf ausgewählte Merkmale der Links-Rechts-Dichotomie als ihrem Metarahmen vorgestellt.

Theoretischer und methodischer Zugang

Massenmedien sind ein System, welches alle Formen massenmedialer Vermittlung umfasst. Innerhalb der Massenmedien stellen aber Qualitätszeitungen ein autonomes Teilsystem dar. Die systemtheoretische Betrachtung massenmedialer Vermittlung scheint geeigneter als andere theoretische Perspektiven, weil sie den relativ geschlossenen Charakter der massenmedialen Produktion betonen hilft. Sichtbar wird dies etwa daran, dass sich die Tageszeitungen untereinander nicht nur wechselseitig beobachten, sondern oftmals für ihre Journalisten eine bedeutende Informationsquelle neben Agenturberichten und Eigenrecherchen darstellen (vgl. Wilke 1999: 304) und in diesem Sinne von Selbstbezüglichkeit des Systems Qualitätszeitungen gesprochen werden kann.

Die Bedeutung von Qualitätszeitungen liegt aber nicht allein darin, dass sie Themen (vgl. Rühl 1980: 323) der gesellschaftlichen Kommunikation bereit stellen (vgl. Marcinkowski 1993). Vielmehr sind Qualitätszeitungen ein Leitmedium, „dem gesellschaftlich eine Art Leitfunktion zukommt, dem Einfluß auf die Gesellschaft und auf andere Medien beigemessen wird“ (Wilke 1999: 302). Sie stellen der Gesellschaft Deutungsangebote, Einordnungen und Einschätzungen für Ereignisse zur Verfügung, die von anderen Systemen aufgegriffen und zur Entwicklung einer eigenen Orientierung verwendet werden können. Deshalb lässt sich die Funktion spezifischer bestimmen: Das System Qualitätszeitungen stellt Bewertungen zur Verfügung. Bewertungen sind das Element, welches vor allem in Deutschland (Donsbach 1993: 393) Qualitätszeitungen als autopoietisches System konstituiert und reproduziert.

Die angebotenen Deutungsrahmen und Bewertungen werden vor dem Hintergrund von den einzelnen Zeitungen jeweils selektiv verwendeter gesellschaftlicher Diskurse entwickelt. Zu diesem zeitgeschichtlichen Kontext gehören vor allem die mit dem Zusammenbruch der UdSSR einhergehenden Veränderungen der Weltordnung in politischer und kultureller Hinsicht. Politisch hat dies zu einer durch die USA dominierten unipolaren Welt geführt, jedoch zugleich erhöhte Sensibilität für Kulturdifferenzen mit sich geführt. Die „Leerstelle“ UdSSR scheint durch ein anderes Differenzmuster, eben kulturelle Differenzen, ersetzt zu werden, um weiter-

hin die Identität des „Westens“ jenseits der Ideologie des Liberalismus markieren zu können. Dies kommt vor allem in den umstrittenen Thesen Huntingtons über den „Clash of Civilizations“ (1997; vgl. Menzel 1998) zum Ausdruck. Die Qualitätszeitungen greifen diesen Hintergrund auf und positionieren sich hierzu, indem sie jeweils entweder stärker die politische oder die kulturelle Problematik einer Weltordnung nach dem Ende der Systemkonkurrenz betonen.

Mit dieser Positionierung stellen sie Bewertungen für die Orientierung zur Verfügung, die genauso wichtig wie Informationen sind, denn sie strukturieren den Bereich möglicher Informationssuche vor. Die Informationssuche etwa personaler Systeme über das System Qualitätszeitungen schlägt sich in den ersten vier Tagen nach den Ereignissen in einer sprunghaften Steigerung der verkauften Auflage nieder, die beispielsweise bei der taz 155% Zuwachs verkaufter Exemplare ausmacht (Wiebersiek 2002: 44). Gerade im Falle der taz wird dieser Zuwachs jedoch nicht nur mit der Suche nach Information erklärt, sondern vor allem mit der klaren Bewertungsleistung der taz im Hinblick auf die Ereignisse. Daran zeigt sich, dass Bewertungen vor allem in gesellschaftlichen Krisen ein wichtiges Mittel sind, um sich mit Störungen und Irritationen auseinander zu setzen (vgl. Imhof (Hrsg.) 1995; Löffelholz 1993; 1995).

Der 11. September kann als eine Krise des Systems Gesellschaft wie auch personaler Systeme betrachtet werden. Denn Krisen sind „unerwartete (thematisch nicht vorbereitete) Bedrohungen nicht nur einzelner Werte, sondern des Systembestands in seinem eingelebten Anspruchsniveau“ (Luhmann 1975: 16). Diese Definition kennzeichnet die Ereignisse vom 11. September treffend. Das Geschehen war - abgesehen von Vermutungen über Vorahnungen von Geheimdiensten - unerwartet, niemand rechnete damit. Folglich war es thematisch relativ stark unvorbereitet, es gab keine sofort verfügbare Interpretationsvorlagen oder Deutungsangebote zur Einordnung. Die ersten Einschätzungen nach den Ereignissen zeigten zudem, dass das Geschehen in diffuser Weise grundlegende Wert- und Weltorientierungen in Frage stellte, weil die Frage nach den Tätern und ihren Motiven eine Frage nach der Symboldeutung des Tatziels, den betroffenen Werten und ihrer unterstellten Geltung war. Die Ereignisse stellten aber auch eine Krise für das System Qualitätszeitungen dar, weil die „symbolische Handlung“ (Neidhardt 1985: 331; Waldmann 2002) des Terrors (vgl. Sofsky 2001) direkt die Grundlage ihrer autopoietischen Reproduktion - Werte und Bewertungen - betraf.³

Die krisenhaften Ereignisse vom 11. September können individualpsychologisch als ein Trauma mit seinen Folgen von Schock, Orientierungslosigkeit, Trauer und Wut thematisiert werden. Auf sozialer Ebene jedoch stellt sich vor allem das Merkmal Orientierungslosigkeit anders als in der Individualpsychologie des Traumas dar. Denn dann bezeichnet Orientierungslosigkeit die Krise des Weltbildes

und der politischen Orientierungswerte. Die Ereignisse des 11. September stellen eine Irritation grundlegender Orientierungsschemata dar. Deshalb ist zu vermuten, dass es in der Bewältigung der Ereignisse auch zu einer Reorganisation, Anpassung und Überarbeitung grundlegender politischer Orientierungsmuster und politischer Werte kommt.

In dieser Situation steht das System Qualitätszeitungen vor einer doppelten Herausforderung: einerseits muss es seine Autopoiesis gewährleisten, andererseits verstärkt Orientierungen für andere Systeme zur Verfügung stellen. Dieser doppelten Herausforderung kommt das System Qualitätszeitungen nach, indem es in größerem Ausmaß als üblich seine eigenen Bewertungsmaßstäbe überprüft und dadurch zugleich Bewältigungsangebote der Ereignisse für andere Systeme zur Verfügung stellt (vgl. Schenk 1987: 435).

Nun kann einerseits in Form eines Analogieschlusses angenommen werden, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit aus Krisen und Traumata sich ergebende tiefgreifende Veränderungen auf psychischer Ebene (vgl. Halloway/Fullerton 1994; Tedeschi/Calhoun 1995) mit ebensolchen Veränderungen auf der Ebene sozialer Systeme korrespondieren. Andererseits könnte man auch unter Rückgriff auf Erkenntnisse der Katastrophensoziologie (vgl. Clausen 1983) annehmen, dass die Ereignisse des 11. September, verstanden als Katastrophe, zu einer Umorientierung des Systems Qualitätszeitungen führt.

Daraus ergibt sich die Frage der Analyse: *Wie bearbeitet das System Qualitätszeitungen die Ereignisse?* Die Vermutung ist, dass das System Qualitätszeitungen auf die Erschütterung seiner Bewertungsgrundlagen mit einer Überprüfung des Metarahmens, d.h. der Selbstpositionierung im Links-Rechts-Spektrum, reagiert, um eine den Ereignissen adäquate Anpassung der Positionierung zu erreichen. Wichtig ist, dass die angenommene Veränderung der spezifischen Bewertungsmaßstäbe kein Eingriff in die Autopoiesis des Systems Qualitätszeitungen über die Form der Bewertung darstellt, sondern eine Rejustierung der dabei zur Anwendung kommenden je besonderen Werte der jeweiligen Zeitung.

Deutungsrahmen

Welche Bedeutung haben Rahmen für die Interpretation der Ereignisse? Bewertungen manifestieren sich in Deutungsrahmen (vgl. Gerhards 1999; Snow et al. 1985), die Versprachlichung sowie die kognitive und evaluative Durchdringung des Geschehens erlauben.⁴ Damit leisten sie *uno actu* die Konstruktion der Realität wie auch die Bereitstellung von Rahmen ihrer Bewältigung. Bewältigung bedeutet im soziologischen Sinne die Bereitstellung von Deutungsrahmen. Diese Deutungsrahmen zeichnen eine Realität und führen mit dieser Realitätskonstruktion zugleich Bewertungen ein. Mit der Bereitstellung von Rahmen beginnt ein sozialer Bewältigungsprozess, wenn der Rahmen wie auch immer –

zustimmend oder kritisierend, einschränkend, verändernd oder ablehnend – Gegenstand der Aufmerksamkeit wird. Der Bewältigungsprozess kann als vorläufig abgeschlossen betrachtet werden, wenn sich der angebotene Deutungsrahmen als stabil und für zusätzliche Information aufnahmebereit erweist.

Zuerst sollen nun die Deutungsrahmen der Zeitungen skizziert werden. Für ihre Rekonstruktion wurden alle Teile der herangezogenen Zeitungen verwendet, weil sich in den ersten Tagen nach den Ereignissen zeigt, dass das Thema in alle Sparten - vom Sport über den Wirtschaftsteil bis hin zum Feuilleton⁵ - einsickert und dort aufgegriffen wird. Sodann gehe ich zur querschnittlichen Darstellung der Entwicklung einer „Semantik des Unfassbaren“, verstanden vor allem als die Suche nach einer begrifflichen oder bildlichen Kennzeichnung für den 11. September, in den ereignisbezogenen Deutungsrahmen über und arbeite schließlich den Zusammenhang dieser mit der spezifischen politischen Position und Bewertungspräferenz der jeweiligen Zeitung im Metarahmen der Links-Rechts-Dichotomie heraus.

Vorab sei zur Orientierung schematisch die Unterscheidung von Metarahmen, Deutungsrahmen und ereignisbezogenem Deutungsrahmen veranschaulicht. Die hier getroffenen Unterscheidungen zwischen Metarahmen, Deutungsrahmen und ereignisbezogenen Deutungsrahmen werden durchgängig in der Darstellung verwendet, um die Orientierung innerhalb der verschiedenen Analyseebenen zu erleichtern.

Rahmen	DIE WELT	FAZ	SZ	FR	taz	ND
Meta-rahmen	Rechts-konservativ	Rechts von der Mitte	Sozial-liberal	Links-liberal	Links-ökologisch	Links-sozialistisch
Deutungs-rahmen	Gemeinsam mit Amerika stehen	Einheit der westlichen Kultur	Die Verhältnismäßigkeit des Handelns sichern	--	Kritische Solidarität	Globale Gerechtigkeit ohne Krieg
Ereignisbezogener Deutungsrahmen	Geschichtsbruch	das Böse	Grauer Krieg	Terror	Verletzbarkeit der Supermacht	Globalisierungsfolge

Zu dieser Tabelle ist zweierlei anzumerken: Erstens kennzeichnen die Kurzbezeichnungen von Metarahmen, Deutungsrahmen und ereignisbezogenen Deutungsrahmen idealtypische Verdichtungen komplexer Inhalte. Hinter ihnen verbergen sich differenzierte und vielfältige Schichten und Aspekte der damit bezeichneten politischen Positionen. Herausgegriffen wurde jeweils der das gesamte inhaltliche Feld auf treffendste Weise bezeichnende Begriff. Zweitens darf die tabellarische Darstellung der Rahmen nicht im Sinne einer strengen Hierarchiebeziehung zwischen den Rahmen gelesen werden. Vielmehr überkreuzen sich insbesondere Deutungsrahmen und ereignisbezogene Deutungsrahmen, so dass diese auch thematische Felder kennzeichnen, die zueinander parallel liegen. Das

ist darauf zurückzuführen, dass das Rahmenkonzept sowohl Rahmen, also Perspektiven, erfasst, wie auch Themen, d.h. Gegenstände, weil die Rahmen selber gelegentlich Themen benennen oder Gegenstand anderer Rahmen werden.

Die WELT begreift die Ereignisse von Anbeginn an als einen Angriff auf Amerika, der jedoch die ganze westliche Wertegemeinschaft trifft. Zu dieser gehören neben Amerika vor allem Europa. Die Interpretation ist getragen von Amerikanismus, der Amerika als das Fundament der modernen westlichen Industriegesellschaft und -kultur begreift. Amerika wird eine Schrittmacherrolle für die Durchsetzung zentraler Werte (Demokratie, Freiheit und wirtschaftliche Freiheit) in der Welt zugesprochen und betont, dass an ihrer Übernahme letztlich kein Weg vorbei führt. Kommunikationswissenschaftlich gesprochen: Die USA sind der Agenda-Setzer. Daraus ergibt sich insgesamt, dass der Rahmen der WELT „Gemeinsam mit Amerika stehen“ genannt werden kann. Entscheidend ist hier das Wort „mit“, denn damit, dass Amerika getroffen wurde, wurden zugleich alle Länder getroffen, die das Wertmuster Amerikas teilen. Folglich kann man nicht etwa „zu“ Amerika stehen, weil es in den Augen der WELT gar keine ernsthafte Differenz, sondern höchstens unvollständige Realisierungen des amerikanischen Wertmusters gibt. Insgesamt sieht DIE WELT die Weltordnung nach dem Zusammenbruch der UdSSR als unipolare Struktur, welche das dominierende Amerika als Mittelpunkt der Weltordnung versteht und den dort realisierten Wertmustern tendenziell universalistische kulturelle Bedeutung zuspricht.

Die ersten Analysen und Kommentare der FAZ gehen von der anfänglich unangesprochenen Annahme aus, dass die Anschläge vom 11. September nicht allein den USA galten, sondern der westlichen Kultur insgesamt. Von dieser Prämisse ausgehend entfaltet die FAZ eine Interpretation des Geschehens, welches die Solidarität zwischen den USA und Europa betont und die westliche Welt (die geographisch entgrenzt alle hochentwickelten Staaten der Welt umfasst) als „Schicksalsgemeinschaft“ versteht, die in der militärischen und politischen Auseinandersetzung mit dem Terrorismus ihre Stärke beweisen muss. Dies verdichtet sich zum Rahmen „Einheit der westlichen Kultur“. Die Schicksalsgemeinschaft ist für die FAZ zugleich eine (westliche) Wertegemeinschaft und die Frage nach der Einheit der Welt wird verstanden als Frage nach der Einheit der Kulturen unter Führung des westlichen Wertmusters. Ein konservatives Verständnis dieser Werte prägt die Linie der FAZ. Der besondere Stellenwert der Ereignisse kommt in der FAZ darin zum Ausdruck, dass am 12. September entgegen sonst üblicher Bildabstinenz auf der Titelseite ein Bild der brennenden Zwillingstürme abgedruckt wurde.

Der Rahmen der SZ kann als „Die Verhältnismäßigkeit des Handelns sichern“ umschrieben werden. Diese Position verfährt abwägend, weil die SZ oftmals stark argumentative Leitartikel aufweist, die das Ergebnis oder Schlussfolgerungen zwar

offen lassen, aber wichtige Elemente einer Erwägung explizieren. Auffallend ist, dass die SZ mehr als alle anderen Zeitungen zur Wahrung der Verhältnismäßigkeit der Reaktion auf die Ereignisse aufruft und diese Tendenz dadurch verstärkt, dass viele politische Fragestellungen nach dem 11. September einer neuerlichen Erwägung unterzogen werden. Gefragt wird dabei, wie sich politische Handlungsfelder und Handlungsmöglichkeiten nach den Ereignissen darstellen.

Die FR zeigt ausgeprägter als die anderen Tageszeitungen die Bereitschaft, sowohl alternativen Deutungen des Geschehens – etwa als typische Erscheinung der Postmoderne – wie auch „stellvertretender“ Bewältigung durch Erfahrungsberichte, Hilfeaufrufe oder die Darstellung der Feuerwehrleute, der „Helden von New York“, Raum zu geben. Gleichzeitig findet sich in ihren Analysen kein Oberbegriff oder zusammenfassendes Etikett für die Ereignisse – die FR bleibt ohne Deutungsrahmen. Dieser Befund könnte mit der Überlegung verständlich gemacht werden, dass die linksliberale Position durch die Ereignisse des 11. September stärker in ihrer Orientierung verunsichert wurde als die anderen Positionen. Es ist nicht unplausibel zu vermuten, dass die besondere Affinität der FR zur Bundesregierung aus SPD und GRÜNEN die Entwicklung einer Einschätzung der Ereignisse und ihrer Konsequenzen erschwert, weil die FR sich hier in einer „Ambivalenzfalle“ zwischen Regierungsaffinität und distanzierter Einschätzung der politischen Reaktion auf die Ereignisse befindet. Andererseits kritisiert die FR ebenso wie SZ, taz und ND sehr früh das Wort von der „uneingeschränkten Solidarität“ und bezieht damit Stellung gegen einen Aspekt des Regierungshandelns. Zu erwägen ist deshalb die alternative Deutung, dass die FR bewusst keinen Deutungsrahmen zur Verfügung stellt, weil sie keine schnelle Schließung des Deutungshorizonts anstrebt, um den Ereignissen interpretativ möglichst offen begegnen zu können. Auch diese Vermutung lässt sich mit der nach Interpretationen suchenden Praxis der FR verbinden. Für diese Vermutung spricht zudem, dass, obwohl auch SZ und taz eine Affinität zur Regierung haben, sie sich schnell für einen Deutungsrahmen entscheiden und nicht in der „Ambivalenzfalle“ gefangen erscheinen. Aufgrund des kurzen Untersuchungszeitraumes lässt sich jedoch keine abschließende Einschätzung beider Vermutungen geben.

Die taz nimmt eine Rahmung vor, die im ambiguen Konzept der „kritischen Solidarität“ zum Ausdruck kommt. Einerseits wird damit klargestellt, dass das Geschehene Solidarität mit den USA herausfordert, jedoch andererseits zugleich betont, dass diese Solidarität nicht blind gegenüber kritisch eingeschätzten Merkmalen der Politik der USA sein darf. Zwischen diesen beiden Polen wird ein Kontinuum möglicher Positionen der Einschätzung der Ereignisse aufgespannt. Mit größtem zeitlichen Abstand vom 11. September wird dabei immer mehr die „kritische“ Seite der Rahmung betont. Stärker als die anderen Tageszeitungen greift die taz auf Experteninterviews zurück, um eine Einschätzung der Ereignisse auszuarbeiten.

Das Neue Deutschland schließlich erarbeitet sich den Rahmen „Globale Gerechtigkeit ohne Krieg“. Aus der Kennzeichnung der Ursachen des internationalen Terrorismus - den ökonomischen und sozialen Ungerechtigkeiten, die sich aus einer globalen kapitalistischen Ökonomie ergeben - folgt direkt die Entwicklung einer Vorstellung über langfristig konzipierte Reaktionen auf den Terrorismus, die auf eine Vision einer anderen Welt(ordnung) „globaler Gerechtigkeit“ zuläuft. Der Weg zur Herstellung dieser Ordnung ist mit der Bedingung verknüpft, dass die Ereignisse des 11. September nicht mittels Krieg (in Afghanistan) beantwortet werden dürfen, denn dieser gilt dem ND einerseits als Völkerrechtsbruch, und kann in ihren Augen andererseits nur zur Verschärfung des Terrors führen, weil die ökonomische und soziale Ungerechtigkeit als Quelle des Terrors dadurch nicht beseitigt wird. Das ND vertritt im Hinblick auf die Ereignisse vom 11. September insgesamt eine sozialistische Antikriegsposition.

Die gewählten Deutungsrahmen können vor dem Hintergrund einer Regierung aus SPD und GRÜNEN und der damit in Aussicht gestellten Programmatik von Friedenspolitik, Kriegsvermeidung und internationaler Kooperation vertieft verstanden werden. Manche der Deutungsrahmen wären vermutlich unter einer CDU/CSU geführten Regierung anders ausgefallen. So könnte unter dieser angenommenen Bedingung für die FR sicherlich keine „Ambivalenzfalle“ als mögliche Ursache für das Fehlen eines Deutungsrahmens vermutet werden, weil die FR dem Konzept einer vorwiegend militärisch konzipierten Sicherheitspolitik das Konzept einer „zivilen Sicherheitspolitik“ (FR 4. 10) entgegen stellt. Insgesamt wäre dann vermutlich die Gegensätzlichkeit zwischen den Positionen von WELT und FAZ einerseits und SZ, FR, taz und ND andererseits deutlicher ausgeprägt gewesen. Dies vor allem, weil die Frage einer militärischen Reaktion - und Kooperation der BRD mit den USA beim Einsatz in Afghanistan - vor dem Hintergrund stark polarisierter Einschätzungen der Handlungsweise Amerikas im Golfkrieg ebenso wie der jüngsten Erfahrungen im Jugoslawienkrieg beantwortet wird.

Zugänge zu den Ereignissen finden

Bewältigen heißt vor allem: die Sprache wiederfinden. Wie wird das geleistet? Begriffe, Bilder oder Metaphern müssen gefunden werden, um einen Zugang zu Bewältigungschancen freizulegen. Diese Aufgabe wird von den Zeitungen in drei Schritten angegangen. Zuerst wird durchgängig konstatiert, dass Worte und Begriffe unmittelbar nicht zur Verfügung stehen und damit der Suchprozess nach begrifflichen oder bildlichen Mitteln in seiner Dringlichkeit betont. So zitiert die FR in einem Kommentar einleitend einen Live-Reporter in der Nähe des World Trade Centers: „Er finde keine Worte“ (FR 12. 9.); die taz leitet ihren Kommentar am 12. 9. direkt mit der Frage ein: „Wie nennt man das?“ (taz 12. 9.).

Und damit kann der zweite Schritt getan werden, denn ausgehend vom Wissen, dass man nicht auf herkömmliche Begriffe und Konzepte zurückgreifen kann, beginnt die Suche nach Bildern, Vergleichsmöglichkeiten und Metaphern. Auffallend ist, dass zwei Sorten von Bildern dominieren: entweder der historische Vergleich mit dem Angriff auf den amerikanischen Flottenstützpunkt Pearl Harbor bei Hawaii durch japanische Streitkräfte im Dezember 1941, den nur die FAZ nicht zieht, oder andererseits Bilder einer endzeitlichen Rahmung, die das Geschehen als „Armageddon“, so die FR (12. 9.) und die FAZ (13. 9.), kennzeichnen, oder gar direkt einen in der Theologie bezüglich seiner Spezifik umstrittenen „Endkampf zwischen Gut und Böse“ (FAZ 13. 9.) erkennen, weil, so DIE WELT, „das Böse... erneut auf den Plan der Weltpolitik getreten“ (17. 9.) sei. Selbst die taz, sonst theologischen Diskursen um letzte Sinnfragen eher distanziert gegenüberstehend, spricht in der Überschrift eines Kommentars sehr früh von der „Suche nach dem Bösen“ (taz 13. 9.), wengleich keiner der üblichen Assoziationen gefolgt wird. Auch das ND greift zur eschatologischen Figur der „apokalyptischen Reiter“ (ND 12. 9.), ohne jedoch dieses Konzept weiter zu vertiefen.⁶

Die angebotenen zwei Bilder - deren Popularität wohl auch auf die Bekanntheit zweier gleichnamiger Kinofilme der letzten Jahre zurückgeführt werden kann - öffnen jeweils einen weiten Interpretationsspielraum, aber in Ihnen deuten sich auch differente Richtungen der weiteren Entwicklung von Bewältigungsangeboten an. Das historische Bild „Pearl Harbor“ greift jüngere Erfahrungen von Krieg und Terroranschlägen auf - etwa den Jugoslawien-Krieg oder die U-Bahn-Anschläge von Tokio - und fragt stärker nach den Ursachen und Folgen im Vergleich von Vergangenheit und Gegenwart. Die Ursachenfrage ist hier eine nach den genauen Umständen und den Tätern, die Strategie der Bewältigung ist dadurch konkret, analytisch im Vorgehen, Antworten suchend. Umgekehrt verfährt das Bewältigungsangebot im Rückgriff auf das endzeitliche Bild des „Armageddon“. Ein solches endzeitliches Bild zieht implizit die Konsequenz aus Fukuyamas These vom „Ende der Geschichte“, denn wenn das Ende erreicht ist, dann bleiben in Bezug auf die Transzendenz nur Erlösung oder das endzeitliche Gericht als mögliche Entwicklungswege der Geschichte. Hier ist die Frage nach der Ursache tendenziell eine Schuldfrage unter Rückgriff auf die jüdisch-christliche Tradition der Entgegensetzung des Guten und des Bösen. Das Bewältigungsangebot besteht dann stärker in Fragen aufwerfenden, reflektierenden und letztlich Sinnfragen problematisierenden Überlegungen. Zudem sind diese Beiträge, vor allem in der FAZ, weniger deutlich in der WELT, überwältigend an der Skizzierung eines Täterprofils interessiert, um das Böse durch Personifizierung klassifizierbar werden zu lassen, denn nur so scheint man zugleich der Gegenüberstellung des Guten und Bösen in endzeitlicher Begrifflichkeit wieder entkommen zu können. Hier zeigt sich die Grenze der Metapher als eines Versuchs, eine „Se-

mantik des Unfassbaren“ zu entwickeln, denn die Metapher des Bösen sprengt den von der FAZ angezielten Deutungsrahmen, weil die Einheit der westlichen Kultur nicht dem Bösen, sondern nur einer anderen Kultur gegenüber stehen kann. Deshalb wird diese Metapher durch die Strategie der Personifizierung in den Deutungsrahmen zurückgeholt und dadurch entschärft.

Nach dem Finden eines Bildes gehen die Zeitungen im dritten Schritt die begriffliche Kennzeichnung für das Geschehen vor dem Hintergrund des gewählten Bildes an und schlagen ereignisbezogene Deutungsrahmen vor. DIE WELT spricht wiederholt von „Geschichtsbruch“ (DIE WELT 19. 9.), die FAZ benennt kontinuierlich das „Böse“ (FAZ 13. 9.), in der SZ wird von einem Nachfolger des Kalten Krieges, dem „Grauen Krieg“ (SZ 14. 9.), gesprochen, die FR rückt den als „Kriegserklärung“ (FR 12. 9.) verstandenen „Terror“ in den Vordergrund, die taz arbeitet vor allem heraus, dass die „Verletzbarkeit der Supermacht“ durch den Verlust des Gefühls der „Unangreifbarkeit“ (taz 12. 9.) sichtbar gemacht wurde, und das ND schließlich widmet sich den Ereignissen durch ihre Diskussion als „Globalisierungsfolge“ (vgl. ND 13. 9.).

An der begrifflichen Kennzeichnung der Ereignisse kann auch abgelesen werden, wie die Zeitungen den zeitgeschichtlichen Kontext nach dem Zusammenbruch der UdSSR interpretieren. DIE WELT und die FAZ thematisieren unter Rückgriff auf die Figur des „Geschichtsbruchs“ und des „Bösen“ vorrangig die kulturelle Dimension der Ereignisse als eines Angriffs auf eine Kultur und setzen die unipolare politische Weltordnung als unproblematisch voraus. Dem gegenüber greifen SZ, FR, taz und das ND stärker die Dimension kultureller Differenzen in der Welt auf und problematisieren von dort aus vor allem in der Reflektion der Ursachen der Ereignisse stärker politische und ökonomische Zusammenhänge der gegenwärtigen Weltordnung.

Was sagen nun „Geschichtsbruch“, das „Böse“, der „Graue Krieg“, „Terror“, „Verletzbarkeit der Supermacht“ und schließlich „Globalisierungsfolge“ für die weitere Richtung der Suche nach Bewältigungsangeboten? „Geschichtsbruch“ ist ein vieldeutiger Begriff, der für DIE WELT aber selbsterklärend scheint, weil man ihn „niemandem zu erklären“ braucht (DIE WELT 19. 9.). Zuerst verweist er darauf, dass die Geschichte mit den Ereignissen unterbrochen wurde, ein erwarteter Ablauf nicht stattgefunden hat. Aber auch und darüber hinausgehend, dass etwas in unserem Umgang mit Geschichte zerbrochen ist: das Vertrauen auf die Zukunft, auf das Morgen, auf die Regelmäßigkeit des Alltags. Aber weiter noch sind die Folgen, denn zuletzt geht es um „Vertrauen und Freiheit“ (DIE WELT 19. 9.) und damit um die Hoffnung auf Kontinuität oder die Erneuerung von Kontinuität in der Auseinandersetzung mit der durch den 11. September erzeugten Diskontinuität. „Geschichtsbruch“ ist gerade wegen der damit angedeuteten Diskontinuität für DIE WELT und ihre politische Position im Metarahmen

der Links-Rechts-Dichotomie ein geglückter Begriff, verweist er doch für eine Rechts angesiedelte politische Position darauf, dass einer ihrer zentralen Werte, „Kontinuität“ (vgl. Laponce 1981: 119), überdacht werden muss. Kurz: „Geschichtsbruch“ benennt indirekt den erschütterten Wert Kontinuität.

Der „Graue Krieg“ (SZ 14. 9.) der SZ ist ebenfalls ein schillernder und gleichermaßen gelungener Begriff zur Erfassung der erschütterten politischen Orientierungsdimension. Nicht nur, weil auch er implizit eine zeitliche Komponente enthält, denn der „Graue“ bekommt erst vor dem Hintergrund des „Kalten“ Krieges Bedeutung, er signalisiert zugleich „anders“. Im „anders“ wiederum kommt das Ende einer Epoche zum Ausdruck, die für die SZ im Näherrücken von Washington und Moskau greifbar wird. Der Begriff „Grauer Krieg“ ist jedoch auch deshalb gut gewählt, weil die Farbe Grau die andere Qualität dieses neuen Krieges mit einem neuen Gegner betont. Denn das „Graue“ öffnet ein Assoziationsfenster zur „Grauzone“. Zuerst: Grauzone, weil die zu führende Auseinandersetzung unterhalb der Ebene früherer Kriege zwischen Staaten, sondern nun zwischen Staaten und Terroristen zu führen ist. Sodann aber auch „Grauzone“, weil für diese Konfrontation klassisches Kriegsrecht nicht abwendbar erscheint und folglich eine Zone für Bewertungsspielräume von Handlungen und Maßnahmen entsteht. Und schließlich „Grauzone“, weil auch die Grundproblematik einer liberalen Gesellschaft, die Balance zwischen Freiheit und Ordnung, neu zu bewerten ist und keinesfalls vorab feststeht, wie diese Neubewertung aussieht. Knapp: „Grauer Krieg“ kennzeichnet die Verschleierung vormals klarer Verhältnisse.

Das „Böse“ bleibt der FAZ ein Etikett mit geringen Konsequenzen für die Analyse, wengleich in ihm die jüdisch-christliche Tradition aufscheint, theologische Probleme einer Verhältnisbestimmung von Gut und Böse aufgeworfen sind, und nicht zuletzt Sinn- und Schuldfragen menschlicher Existenz angesichts der Möglichkeit der Verfehlung des Wesens des Menschen oder Gottes anklingen. Das „Böse“ ist für die weitere Erarbeitung eines Bewältigungsangebotes ein Abgrenzungsbegriff. Denn die Bewältigungsmöglichkeit liegt außerhalb der mit dem „Bösen“ aufgeworfenen Fragen, sie ist im Politischen zu suchen, allerdings unter Wahrung der Kulturtradition des „Abendland“ (FAZ 2. 10.), unter explizitem „Verzicht auf eine alttestamentarische Politik der Rache“ (FAZ 17. 9.) und ohne Neujustierung der westlich-demokratischen Ordnung, weil man sonst in die Falle des Terrors laufen würde. Statt dessen solle mit „einer Politik der offenen Märkte, die der Fortpflanzung der Demokratie förderlich ist“ (FAZ 17. 9.), reagiert werden. Konsequenzen hat das „Böse“ in den Analysen der FAZ vor allem darin, dass sie stärker als die anderen Zeitungen an der Erarbeitung eines Täterprofils interessiert ist, möglicherweise, um die Abstraktion „das Böse“ durch Personifizierung greifbar werden zu lassen. Durch diese Strategie gelingt es der

FAZ, den Fallen des Denkens in Dichotomien – etwa Westen gegen Islam – zu entkommen und ein differenziertes Bild aller beteiligten Akteure auszuarbeiten.

Die FR befasst sich in den ersten Tagen nach dem 11. September vor allem mit der Frage, ob Krieg oder Terror ein geeigneter begrifflicher Rahmen für das Verständnis der Ereignisse ist und entwickelt schließlich den ereignisbezogenen Deutungsrahmen „Terror“ für das Geschehen. Die FR nimmt zwar anfänglich das Bild von Pearl Harbor und die Metapher des Armageddon auf, arbeitet sich jedoch vor allem an der ebenfalls als Metapher, nicht im völkerrechtlichen Sinne, verwendeten Einschätzung der Ereignisse als einer Kriegserklärung an die USA mit den Mitteln des Terrorismus ab, die den Symbolen ihrer wirtschaftlichen und militärischen Macht galt. Trotz der Einordnung der Ereignisse in den ereignisbezogenen Deutungsrahmen „Terror“ rückt immer wieder Kriegsvokabular in den Vordergrund, vor allem, um die Massivität des Geschehens hervorzuheben.

Spricht die FR anfänglich (FR 13. 9.) von der „verwundeten“ Supermacht, so macht die taz diese Beobachtung zum Angelpunkt ihres ereignisbezogenen Deutungsrahmens „Verletzbarkeit der Supermacht“, denn bereits am 12. 9. hält sie fest, dass das „Gefühl der Unangreifbarkeit“ verloren ist (taz 12. 9.), betont wenig später, dass die USA in ihrem „innersten Selbstverständnis“ (taz 13. 9.) getroffen wurden, um mit der Klarstellung, dass Terror die Waffe der „Ohnmächtigen“ (taz 13. 9.) ist, zugleich darauf hinzuweisen, dass das ungelöste „Palästina-problem“ (taz 14. 9.) in der islamischen Welt so große Wut erzeugte, dass diese sich nur im Nachweis der „Verletzbarkeit der Supermacht“ ausdrücken wollte. Hier wird also vor allem der innere Zusammenhang von Getroffenheit und Reaktion, von Schlag und Gegenschlag betont und letztlich schon vorweg genommen, dass die USA mit hoher Wahrscheinlichkeit mit einer vergeltenden „Strafaktion“ (taz 12. 9.) reagieren werden, um angesichts ihrer Verletzung die Wiedergewinnung von Handlungsfähigkeit demonstrieren zu können.

Das ND schließlich orientiert sich an ihrer Einschätzung, dass die USA die Supermacht sind, welche die Weltverhältnisse in militärischer und ökonomischer Hinsicht prägte und nun zum „Opfer“ ihrer selbstgeschaffenen „Strukturen“ (ND 13. 9.) wurde. Dies ist, auch wenn den Opfern unser Mitgefühl gebührt (ND 13. 9.), also eine Folgeerscheinung der Globalisierung und die Aufforderung zum „Neudenken der ökonomischen und sozialen wie der machtpolitischen Verhältnisse in dieser Welt“ (ND 19. 9.), weil nur so die Wurzel des Terrorismus, „Ungerechtigkeit und Demütigung, die das Leben des größeren Teils der Menschheit ausmachen“ (ND 19. 9.), beseitigt werden können. Die Ereignisse werden zwar als Terror gekennzeichnet, jedoch von Anbeginn der Schwerpunkt der Diskussion vom Phänomen des Terrors weg und zur Frage der globalen Ordnung und ihrer in Frage zu stellenden Ungerechtigkeit hingelenkt und somit der ereignisbezogene Deutungsrahmen „Globalisierungsfolge“ entwickelt, der im Unterschied

zu den anderen ereignisbezogenen Deutungsrahmen stärker analytisch ausgerichtet ist und sich von der Unmittelbarkeit im Zugang zu den Ereignissen löst.

Insgesamt lassen sich drei Gruppen ereignisbezogener Deutungsrahmen erkennen. DIE WELT und die FAZ greifen die kulturelle Dimension der Weltordnung heraus, um das Ereignis einzuordnen. Demgegenüber betonen SZ, FR und taz die politische Dimension und die Bedeutung der inneren Strukturen einer durch die USA politisch dominierten unipolaren Welt. Das ND schließlich sieht die Welt als zutiefst durch die ökonomische Dominanz der USA geprägt an und versteht die Ereignisse als Folge dieser Prägung.

Die Position der Zeitungen im Metarahmen der Links-Rechts-Dichotomie

Mit der Entwicklung ereignisbezogener Deutungsrahmen ist jedoch noch kein Weg zurück zur politischen Normalität gewonnen. Vielmehr nötigen die Ereignisse allen Zeitungen eine Überprüfung und Neujustierung ihres Metarahmens der Bewertung, ihrer Positionierung innerhalb des Links-Rechts-Spektrums auf. Der Metarahmen der Positionierung im Links-Rechts-Spektrum ist von Bedeutung für die Entwicklung spezifischer Deutungsrahmen von Ereignissen, weil er, wie vielfach empirisch aufgezeigt werden konnte, generell die politische Ausrichtung und Einstellung prägt, aber auch, weil er über seine „Symbolstruktur“ die schnelle Kommunikation von Inhalten und Orientierungsmustern gestattet (vgl. Bauer-Kaase 2001; Fuchs/Klingemann 1989; Laponce 1981; Bobbio 1996). Dies ist auch an der klaren Zuordnung der Qualitätszeitungen im Links-Rechts-Spektrum zu erkennen, an der nochmals abgelesen werden kann, dass sie neben der Informationsfunktion auch eine Bewertungs- und Positionierungsfunktion erfüllen (vgl. Wilke 1999).

Man kann die politische Position innerhalb der Links-Rechts-Dichotomie (vgl. Klingemann/Volkens 2001; Budge/Robertson 1987) durch zwei⁷ ausgewählte Problemstellungen der Politik erfassen. Freiheit versus Ordnung kennzeichnet das Grundproblem aller liberaler Gesellschaften, die Grenze von Freiheitsrechten angeben zu müssen. Die zweite Politikdimension zielt auf die Spannung zwischen traditionellen Werten wie Familie und Religion und auf der anderen Seite dem Interesse an kultureller Vielfalt – sei es im Rahmen einer hierarchisch integrierten „Leitkultur“ (vgl. Tibi 1996) oder als Konkurrenz gleichwertiger kultureller Muster (vgl. Pelinka 2001) – mit ihrer damit einhergehenden Werteppluralität.

Die offene Gesellschaft und ihre Feinde

Die erste Polarität innerhalb des Metarahmens der Links-Rechts-Dichotomie besteht in der Grundspannung liberaler Gesellschaften: Der Herstellung einer Balance zwischen den Freiheitsrechten des Einzelnen und den durch das soziale Zusam-

menleben der Menschen notwendig werdenden Grenzen in der Ausübung individueller Freiheit. Dieser Topos wird von DIE WELT, FAZ und FR unter Rückgriff auf Poppers Begriff der „offenen Gesellschaft“ diskutiert. Übereinstimmend halten alle Zeitungen, für die hier stellvertretend DIE WELT zitiert wird, fest: „Diese offene Gesellschaft dürfen wir weder kampflos aufgeben noch im Übereifer des Kampfes verraten“ (DIE WELT 15. 9.). Dieser allgemeinen Willensabsicht fehlt nun allerdings die Konkretisierung, die ein solches Statement erst zu einer politischen Aussage mit ihrem Bewertungsaspekt werden lässt: Ist mit der Verteidigung der offenen Gesellschaft in einer Gefährdungssituation eine Einschränkung individueller Freiheitsrechte vereinbar? An der Beantwortung dieser Frage scheiden sich die Geister der Kommentare der Zeitungen sehr deutlich entlang des durch die Links-Rechts-Dichotomie aufgespannten Metarahmens.

Für DIE WELT ist nicht nur ausgemacht, dass der Primat dem Ordnungswillen des Staates in der Begrenzung ungezügelter individueller Freiheitsvorstellungen und Leidenschaften gebührt. Nein, noch deutlicher und angelehnt an die Figur des Leviathan von Thomas Hobbes formuliert DIE WELT: „Die Demokratie ist eine kostbare, zivilisierende Zugabe“ des Leviathan (DIE WELT 19. 9.). Eine „Zugabe“, d.h. kein Recht, sondern etwas, was gewährt wird, ohne dass Ansprüche darauf erhoben werden können - ein Geschenk. Und dieses Geschenk ist nur möglich Dank eines starken Staats, der sich durch die Ereignisse des 11. September zu einer neuen Definition der Freiheitsrechte genötigt sieht, um seine Macht als Leviathan erhalten zu können: Unter „den Bedingungen eines Staates, der Sicherheit durch Prävention verspricht, wird nur derjenige frei sein, der nicht verdächtig ist“ (DIE WELT 21. 9.). Die Einschränkung von Freiheitsrechten bis hin zur hier angedeuteten Aufhebung der generellen Unschuldsvermutung, weil bereits „verdächtig“ zu sein die Einschränkung von Freiheitsrechten zu legitimieren scheint, lässt aber selbst DIE WELT zumindest fragend, skeptisch angesichts der Konsequenzen dieser Strategie zurück. Denn der nächste Satz fragt, ohne die Antwort noch geben zu wollen und wohl auch nicht zu können: „Wie viele werden das wohl sein?“ Unüberhörbar ist der resignative Unterton. Offensichtlich scheint die Aufrechterhaltung des Leviathan diesen Preis zu fordern, also ist er schweren Herzen angesichts der schon zur Gewohnheit gewordenen „Verführung“ durch die „Zugabe“ der Demokratie zu entrichten.

Wie nicht anders zu erwarten ist die starke Betonung von Freiheitsrechten unter den Bedingungen des 11. September unter den liberalen und linken Positionen des politischen Spektrums innerhalb des Metarahmens stärker verankert. So fordert die SZ beständig zur Anwendung von „Klugheit“, die erst durch „politische Auseinandersetzung“ (SZ 18. 9.) möglich wird, auf und wird nicht müde zu betonen, dass die Institutionen der Demokratie vor allem auf das Abwägen von Positionen im Prozess der öffentlichen Meinungsbildung angewiesen sind, will sie nicht ihre

eigenen Prinzipien opfern. Stärker noch fordert die FR zu einer öffentlichen Debatte darüber auf, „wie Sicherheit in Freiheit zu erreichen sei“ (FR 2/3. 10.) und zeigt damit deutlich, dass hier der gesellschaftspolitische Primat die Freiheitsrechte der Einzelnen sind, die als Kern der „westlichen Wertegemeinschaft“ (FR 18. 9.) verstanden werden. Irritierend ist daran, dass die FR hier ohne Not Konzessionen an einen Relativismus der Idee liberaler Freiheitsrechte durch ihre Verknüpfung mit einer historisch-konkreten Ausformung in der „westlichen“ Wertegemeinschaft macht. Soll das etwa heißen: in „anderen“ Wertegemeinschaften könne es zu anderen Überlegungen hinsichtlich individueller Freiheitsrechte kommen? Nur die taz vertritt angesichts aller Diskurse und Fragen bezüglich der Situation der Freiheitsrechte die Position, dass es keinesfalls unter dem Banner des 11. September zur „Einschränkung bürgerlicher Freiheiten“ kommen darf (taz 17. 9.), wiewohl sie gerade diese Gefahr sieht, wie sie unter Verweis auf Otto Schily und seinem Rütteln „an allen Pflöcken des liberalen Rechtsstaats“ (taz 8. 10.) in alter Hassliebe zu Schily immer wieder deutlich macht.

Insgesamt zeigt gerade unter den Bedingungen einer vermuteten Gefährdungssituation die Spannung von individuellen Freiheitsrechten und staatlichen Ordnungsansprüchen deutlich, welche weitreichenden Konsequenzen für andere politischen Entscheidungsfelder - etwa Zuwanderung, innere Sicherheit oder die Finanzpolitik - eine Stellungnahme zu dieser Problematik hat.

Multikulturalismus oder Leitkultur

Auch in der zweiten zur Kennzeichnung der Position innerhalb des Metarahmens der Links-Rechts-Dichotomie herangezogenen Dimension - streng genommen als Gegenüberstellung von Multikulturalismus und sozialem Konservatismus aufzufassen, unter Erinnerung an die Debatte über die Leitkultur (vgl. Tibi 1996; 2001) hier kurz als Multikulturalismus oder Leitkultur bezeichnet - verlaufen die Grenzziehungen wie zu erwarten war. DIE WELT und die FAZ sehen durchgängig eine Gefährdung der westlichen Kultur durch den Einfluss anderer Kulturen. Die FAZ geht soweit, dass Multikulturalismus, in ihren Augen ein eher grünes als ein rotes Projekt, zur „Verflüchtigung dessen, was einst ‘Abendland’“ (FAZ 2. 10.) bedeutete, beiträgt, weil „freigiebige“ Einwanderungsregelungen bereits zur Aufweichung der kulturellen Substanz, sprich kulturellen Einheit geführt haben. Sekundiert wird die FAZ in ihrer Skepsis gegenüber dem Multikulturalismus durch DIE WELT, die vor dem „Traumtänzerhafte(n)“ (DIE WELT 15. 9.) der multikulturalistischen Positionen innerhalb der Zuwanderungsdebatte warnt, weil nicht gesehen werde, dass weltweite Migration „Ausdruck globaler Umwälzung“ (DIE WELT 15. 9.) sei. Ungewöhnlich ist allerdings, dass DIE WELT nicht erwähnt, dass die Sogwirkung „globaler Umwälzung“ nicht nur den ökonomischen Prozess der Globalisierung umfasst, sondern auch eine kulturelle Globalisierung meint,

in deren „Sogwirkung“ gerade nicht schon ausgemacht ist, ob eine globale Kultur eine westliche Kultur sein wird. Und wenn auch DIE WELT vor „xenophoben Gedanken“ (DIE WELT 14. 9.) warnt, so sieht sie doch ein „höheres Maß an Selbsterklärung“ (DIE WELT 2. 10.) für moslemische Immigranten angesichts ihrer „fremden, und zum Teil inakzeptablen Regeln und Gebräuche“ (DIE WELT 2. 10.), die sich der auf „universellen Werten beruhenden Verfassung“ (DIE WELT 6. 10.) unterordnen müssen. An solchen Formulierungen wird deutlich, welche Risiken der soziale Konservatismus im Multikulturalismus sieht, kurz: eine Bedrohung der kulturellen Grundlage des Abendlands, und weshalb der 11. September zum Anlass genommen wird, nicht nur Differenzen zwischen Kulturen zu betonen, sondern Grenzen deutlicher zu markieren und zugleich eine hierarchische Interpretation von Kulturdifferenzen vorzunehmen.

Die Position des Multikulturalismus kann vor allem an der Zurückweisung einer ausschließlich hierarchischen Interpretation ohne Berücksichtigung der Möglichkeit der Integration von kulturellen Differenzen im Rahmen einer Gesamtkultur erkannt werden. Der Angelpunkt einer solchen Position liegt in der Fassung des Begriffs der Integration. Ihr gilt etwa die Aufmerksamkeit der SZ, die die Integration, „das zarte Pflänzchen“ (SZ 13. 9.), durch Angst vor dem Fremden seit dem 11. September in Gefahr sieht. Angesichts dieser Gefährdung des Multikulturalismus verweist sie entschieden auf den notwendigen Zusammenhang von Einheit und Vielfalt in der Entwicklung einer starken demokratischen Identität, die sich ohne Angst vor dem Fremden gerade aus der Stärke des Multikulturalismus heraus mit Kulturdifferenzen auseinandersetzen kann. Denn aus der „Einheit in der Vielfalt von... Eingebürgerten und Zugewanderten... formt sich ein wehrhafter Staat und eine starke demokratische Identität“ (SZ 4. 10.). Multikulturalismus wird hier zu einer Basis demokratischer Identität, die Dichotomien von Multikulturalismus versus sozialer Konservatismus und Freiheit versus Ordnung werden miteinander verknüpft, so dass in der Schlussfolgerung Multikulturalismus durch die Stärkung demokratischer Identität zu einer ausbalancierten Sicherung von Freiheitsrechten, staatlicher Ordnungsgarantie und kultureller Pluralität beiträgt. Auch die FR sieht den Konstitutionszusammenhang von Multikulturalismus und Freiheitsrechten ähnlich, wenn sie darauf verweist, dass die Differenz von „Religion und ihren perversen Auswüchsen... für pluralistische Gesellschaften konstituierend“ (FR 19. 9.) ist. Wenn Staat und Gesellschaft zur Sicherung der Religionsfreiheit im Rahmen der bürgerlichen Freiheitsrechte nicht mehr in der Lage sind, dann verlieren sie dadurch ihre Pluralität und damit den Wert, der sie als Lebensform erstrebenswert sein lässt. Pointiert wird damit auf eine Position verwiesen, für die, so die taz, ein „wirklicher Dialog“ (taz 4. 10.) zwischen den Kulturen heißt, seine eigene Position ernst zu nehmen und nicht mit zweierlei Maß zu messen. Kurz: Gleichberechtigt-

gung unterschiedlicher kultureller Positionen im Gespräch miteinander ist sowohl vorauszusetzen als auch anzustreben.

Fasst man die Überlegungen zu diesem Aspekt des Metarahmens der Links-Rechts-Dichotomie zusammen, so nimmt die Rechte hier für sich das Argument in Anspruch, dass die „ungezügelter“ Natur des Menschen zu bändigen und zu kontrollieren sei und deshalb Demokratie nur als Ordnungs- und Herrschaftsform thematisiert werden kann. Wird Demokratie hingegen, unter Rückgriff auf die republikanische Tradition Rousseaus oder dem Vorbild der antiken polis, konzipiert, so wird sie als ein auf die Zukunft hin offenes Projekt begriffen, welches dann auch die Offenheit und Pluralität kultureller Identitäten eines Gemeinwesens betont.

Der Sonderfall Neues Deutschland

Das ND weist in der Auseinandersetzung mit dem 11. September einige Eigentümlichkeiten auf, die darauf hinweisen, dass hier ein eigener, relativ geschlossener Diskurskontext vorliegt. Er strebt danach, zu einem anerkannten und rezipierten Teil des Gesamtdiskurses des Systems Qualitätszeitungen zu werden, scheitert jedoch, so meine Vermutung, daran, weil es dem ND nicht gelingt, einer Eigenheit des dominierenden politischen Diskurses der Qualitätszeitungen etwas entgegenzusetzen: der Einbettung der Deutung der Ereignisse vom 11. September in die besondere Bedeutung der USA für die Geschichte der Bundesrepublik.

Der geschlossene, mit dem Diskurs der anderen Qualitätszeitungen nur schwach verbundene Diskurs des ND zeigt sich daran, dass bestimmte Teilrahmen des Diskurses der anerkannten Qualitätszeitungen in ihr nicht vorkommen. Vor allem findet kein Diskurs um das kulturelle Verhältnis des Westen zum Islam statt - dem ND scheint die Orientierung an der globalen Ungerechtigkeit der kapitalistischen Ökonomie so bedeutsam, dass Kultur, Kulturdifferenzen und die mangelnde Kommunikation zwischen Kulturen über diese Differenzen wenn überhaupt dann nur als nebensächliche Mitursache für die Ereignisse gesehen wird. Es findet sich auch kein Aufgreifen der Thesen Huntingtons zum „Clash of Civilisations“, wie es alle anderen ausgewählten Zeitungen getan haben. Nachrangig wird auch das Thema des Verhältnisses von Freiheit und sozialer Ordnung behandelt. Dem ND reicht ein Hinweis auf die Verfassung der Bundesrepublik (ND 5. 10.), um ihre Position in der neuerlichen Debatte um die „Offene Gesellschaft und ihre Feinde“ zu beziehen, ohne die Debatte selbst zu erwähnen, jedoch mit dem Hinweis darauf, dass die Gefahr besteht, dass sich die Demokratie als schlechter „Schutzwall gegen manipulierte Kriegsbefürwortung“ (ND 05.10.01) erweisen kann.

Insgesamt konzentriert sich das ND so sehr auf die Möglichkeit und die Notwendigkeit der Kriegsvermeidung in der Reaktion auf den 11. September, dass

sie in der Diskussion der Konsequenzen auf den militärischen Aspekt fixiert bleibt, ohne die von ihr geforderten Konzepte neuer „Sicherheitsstrukturen“ wie „Krisenmanagement, Konflikteindämmung, aber auch Elemente wie Wirtschaftsanktionen“ (ND 14. 9.) zu konkretisieren oder über die allgemeine Forderung nach einer gerechteren ökonomischen Weltordnung hinauszugehen. Diese diskursive Engführung unterscheidet das ND deutlich von den anderen Zeitungen.

Im Vergleich zu den anderen Zeitungen leistet das ND häufiger Medienreflexion, die sich sowohl mit den anderen Qualitätsmedien im Einzelfall befasst und sich auch auf einen kritischen Medienjournalismus im allgemeinen stützt und dem Mediensystem in der Berichterstattung über den 11. September tendenziell Einseitigkeit und „Konsenskrampf“ (ND 26. 9.) als Ausdrucksform eines unzureichenden Demokratieverständnisses vorwirft und den Medienmachern des Pentagon und der NATO eine „kriegsentscheidende Funktion“ (ND 21. 9.) zuweist, weil diese die mediale Konstruktion des Krieges dominieren. Die vergleichsweise häufigere Medienreflexion könnte ein Indikator dafür sein, dass das ND einen Zugang zum System Qualitätszeitungen sucht. Allerdings findet diese Suche keine Gesprächspartner, in den anderen Zeitungen wird das ND kaum beachtet.

Auf der Grundlage der vorliegenden Inhaltsanalyse kann nur darüber spekuliert werden, warum die Position des ND in den Diskursen der Qualitätszeitungen nicht auftaucht, obwohl das ND gerade diesen viel Aufmerksamkeit widmet und sich immer wieder kritisch mit ihren Analysen befasst. Möglich wäre, dass diese Position von diesen a priori als außerhalb des herrschenden politischen Diskurses etikettiert wird und folglich keiner expliziten Erwägung bedürftig erscheint. Dies könnte darauf zurückgeführt werden, dass dem ND als ehemaligem Parteiorgan der SED mit politischer Reserve gegenübergetreten wird. Möglich wäre auch, dass die bereits erwähnte Eigenheit des politischen Diskurses - der Rückbezug von Deutungen auf die besondere Bedeutung der USA für die Geschichte der BRD und die sich daraus ergebenden politischen Haltungen - vom ND nicht richtig aufgegriffen wird und sich daraus ihre Sonderstellung ergibt. Diese Vermutung erhält einerseits Unterstützung durch die Beobachtung, dass das ND häufiger und deutlicher als die anderen Zeitungen, gerade wenn es um die Darstellung einer kritischen Position gegenüber der Politik Amerikas geht, auch noch lange nach den Ereignissen immer wieder betont, wie sehr die Toten als wehrlose Opfer anzuerkennen und mit ihnen zu fühlen sei. Kurz: Mitgefühl scheint hier zugleich einen scheinbaren Tabubruch hinsichtlich des herrschenden politischen Diskurses zu legitimieren. Andererseits könnte auch auf die andere „zeitungsbiografische Entwicklung“ (Reents 2002: 1) des ND mit seiner Gründung in der DDR unter den Händen der „Schutzmacht“ der UdSSR verwiesen werden, um diese Haltung des ND verständlich zu machen. Eine abschließende Beurteilung der Alternativen ist hier jedoch mangels medienanalytischer Untersuchungen zum ND nicht möglich.

Fazit

Bewältigung des 11. September im System Qualitätszeitungen heißt vor allem: Wiedererinnern, das rückversichernde Gespräch mit der eigenen Denktradition. Geleistet wird Erinnerungsarbeit; Erinnerung an die eigene Wertposition; vom Eigenen aus zur Einschätzung des 11. September gelangen. Insofern führt der 11. September nicht zu einer Veränderung oder Weiterentwicklung, sondern zu einer Bekräftigung der eigenen Wertposition. Die Rückversicherung der Bedingungen der eigenen Autopoiesis des Systems Qualitätszeitungen führt dazu, dass die Reaktion auf die Ereignisse nicht zu einer Veränderung oder Weiterentwicklung der je spezifischen Bewertungsmaßstäbe führt. Das System Qualitätszeitungen reagiert also, indem es die Krise seiner Bewertungsmaßstäbe durch ihre bekräftigende Anwendung auffängt. Zu betonen ist, dass die Bewältigung zur Bestärkung von sechs unterschiedlichen Positionen innerhalb der Metarahmen der Links-Rechts-Dichotomie führt. Kurz: *Der Versuch zur Erarbeitung einer „Semantik des Unfassbaren“ verbleibt im Rahmen einer „Semantik des Gewohnten“*.⁸ Welche Einschätzungen sich hieraus für die Beurteilung des Systems Qualitätszeitungen in medienkritischer Hinsicht ergeben, das muss hier offen und längere Zeiträume und weitere Fallstudien umfassenden Untersuchungen überantwortet bleiben.

Anmerkungen

- ¹ Gefördert durch die Thyssen-Stiftung. Für hilfreiche Anmerkungen danke ich Jochen Roose, Jürgen Gerhards, den Teilnehmern der Tagung „Politik, politische Ökonomie, Kultur und die soziale Ordnung der Katastrophe“ der Sektionen „Entwicklungssoziologie und Sozialanthropologie“ und „Politische Soziologie“ an der Universität Bayreuth 27.-29. Juni 2002 sowie zwei Gutachtern von „Peripherie“.
- ² Iris Bünger (2001) hat mit sprachwissenschaftlicher Orientierung eine qualitative Diskursanalyse der Schlagzeilen der BILD-Zeitung vom 12. September bis zum 7. November vorgenommen. Ihre Ergebnisse lassen jedoch aufgrund fehlender Vergleiche mit anderen Tageszeitungen nur eingeschränkte Schlussfolgerungen zu.
- ³ Anzumerken ist, dass damit nicht das Phänomen der Selbstreferentialität journalistischer Berichterstattung oder Wirklichkeitskonstruktion gemeint ist, wie es etwa Gödde (vgl. 1992) für die Darstellung des Golfkrieges aufzeigt.
- ⁴ Zur psychischen Bedeutung von Rahmen siehe den Bericht von Ross (vgl. 2001) über Narratives, Erzählungen.
- ⁵ Einen Eindruck von der spartenübergreifenden Befassung mit dem 11. September gibt eine vollständige Erfassung aller Artikel der FAZ zwischen dem 12. September und dem 8. Oktober, die sich mit dem Thema des 11. September beschäftigen. Von 925 Artikeln (von denen 117 Kommentare sind) entfallen 454 auf den Politikteil, 273 auf den Wirtschaftsteil (davon 75 auf den Finanzmarkt), 158 auf das Feuilleton, und 40 Beiträge finden sich im Sportteil.
- ⁶ Die Zeitungen sind im Rückgriff auf Bilder, Metaphern oder Archetypen sehr zurückhaltend, wenn man die im Text genannten Bilder mit den Möglichkeiten, die Hankiss (vgl. 2001) auflistet, vergleicht: Spektakel, Apokalypse, der Ausbruch des Irrationalen, das negative Wunder,

der Turm von Babel, Ikarus, der Fall des Prinzen, axis mundi, horror vacui, Satan, das Gute und das Böse, Sakrileg.

⁷ Klingemann/Volkens (2001) verwenden fünf Dimensionen zur Erfassung der Links-Rechts-Dichotomie. Für die thematische Ausrichtung der vorliegenden Inhaltsanalyse reichen zur Erfassung jedoch die zwei ausgewählten Dimensionen aus.

⁸ Hinzuweisen ist darauf, dass dieses Ergebnis sich in Beobachtungen der amerikanischen Presse nicht zeigt. Vielmehr gab es dort, etwa in der New York Times, eine intensive Befassung mit einer Neuinterpretation etwa von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit im Rahmen einer liberalen gesellschaftlichen Ordnung, die letztlich zu einer stärkeren Emphase auf Sicherheit und Ordnung zu Ungunsten liberaler Freiheitsrechte führt. Diese Veränderung der Bewertungsgrundlage kommt beispielsweise in der unterschiedliche politische Positionen Amerikas von Liberalismus über Kommunitarismus bis Konservatismus übergreifenden Streitschrift „What We’re Fighting For“ (Institute for American Values 2002) zum Ausdruck. Vermutlich ist dieser Unterschied in den Konsequenzen für die politische Orientierung zwischen den USA und der BRD auch Folge der unterschiedlichen direkten Betroffenheit durch die Ereignisse, wie sie sich in der überwiegenden Bejahung von Bushs Politik in den USA seit dem 11. September manifestiert.

Literatur

- Bauer-Kaase, Petra (2001): „Politische Ideologie im Wandel? – Eine Längsschnittanalyse der Inhalte der politischen Richtungsbegriffe ‘links’ und ‘rechts’“. In: Klingemann, Hans-Dieter; Kaase, Max (Hg.) (2001): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998*. Opladen, S. 207-243.
- Bobbio, Norberto (1996): *Left and Right . The Significance of a Political Distinction*. Cambridge. (Orig. 1994).
- Budge, Ian; Robertson, David (1987): “Comparative Analysis of Post-War Election Programmes”. In: Ian Budge; David Robertson; Derek Hearl (Hg.): *Ideology, Strategy and Party Change: Spatial Analysis of Post-War Election Programmes in 19 Democracies*. Cambridge, S. 388-416.
- Bürger, Iris (2001): “Apocalypse Now? Kritische Diskursanalyse der Berichterstattung der BILD-Zeitung vom 12.09.01 bis zum 7.11.01”. In: *Prokla*, 31.Jg., Nr.4, S. 603-624.
- Clausen, Lars (1983): „Übergang zum Untergang. Skizze eines makrosoziologischen Prozeßmodells der Katastrophe“. In: Clausen, Lars; Dombrowsky, Wolf R. (Hg.): *Einführung in die Soziologie der Katastrophe*. Bonn, S. 43-79.
- Donsbach, Wolfgang (1993): „Inhalte, Nutzung und Wirkung politischer Kommunikation“. In: *Österreichische Zeitschrift für Politik*, S. 389-407.
- Früh, Werner (1994): *Realitätsvermittlung durch Massenmedien. Die permanente Transformation der Wirklichkeit*. Opladen.
- Gerhards, Jürgen (1999): „Wie responsiv sind die Massenmedien? Theoretische Überlegungen und empirische Ergebnisse zum Verhältnis von Medien und Politik“. In: Gerhards, Jürgen; Hitzler, Ronald (Hg.): *Eigenwilligkeit und Rationalität sozialer Prozesse. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedhelm Neidhardt*. Opladen, S. 145-173.
- Giddens, Anthony (1995): *Konsequenzen der Moderne*. Frankfurt a.M. (Orig. 1990).
- Gorsen, Peter (2001): „Ästhetik der Gewalt. Medienanalytische Reaktionen der ersten Stunde“. In: Hoffmann, Hilger; Schoeller, Wilfried F. (Hg.): *Wendepunkt 11. September 2001. Terror, Islam und Demokratie*. Köln, S. 96-107.
- Gödde, Ralf (1992): „Radikaler Konstruktivismus und Journalismus. Die Berichterstattung über den Golfkrieg - Das Scheitern eines Wirklichkeitsmodells“. In: Rusch, Gebhard; Schmidt, Siegfried J. (Hg.): *Konstruktivismus: Geschichte und Anwendung. DELFIN 1992*. Frankfurt a.M., S. 269-288.

- Hankiss, Elemer (2001): „Symbols of Destruction“. In: Social Science Research Council (Hg.): *After Sept. 11*. <http://www.ssrc.org/sept11/essays/hankiss>.
- Holloway, Harry C.; Fullerton, Carol S. (1994): „The Psychology of Terror and its Aftermath“. In: Ursano, Robert J.; McCaughey, Brian G.; Fullerton, Carol S. (Hg.): *Individual and Community Responses to Trauma and Disaster: The Structure of Human Chaos*. Cambridge, S. 31-45.
- Huntington, Samuel P. (1997): *The Clash of Civilizations and the Remaking of the World Order*. New York.
- Imhof, Kurt; Schulz, Peter (Hg.) (1995): *Medien und Krieg - Krieg in den Medien*. Zürich.
- Kepler, Angela (2000): „Verschränkte Gegenwarten. Medien- und Kommunikationssoziologie als Untersuchung kultureller Transformationen“. In: Münch, Richard; Jauf, Claudia; Stark, Carsten (Hg.): *Soziologische Revue*, Sonderheft 5. München/Wien, S. 140-152.
- Klingemann, Hans-Dieter; Völkens, Andrea (2001): „Struktur und Entwicklung von Wahlprogrammen in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1998“. In: Gabriel, Oscar W.; Niedermayer, Oscar; Stöss, Richard (Hg.): *Parteiendemokratie in Deutschland*. Bonn, S. 507-527.
- Laponce, Jean A. (1981): *Left and Right. The Topography of Political Perceptions*. Toronto.
- Löffelholz, Martin (1993): „Krisenkommunikation. Probleme, Konzepte, Perspektiven“. In: Löffelholz, Martin (Hg.): *Krieg als Medienereignis. Grundlagen und Perspektiven der Krisenkommunikation*. Opladen, S. 11-32.
- Löffelholz, Martin (1995): „Beobachtung ohne Reflexion? Strukturen und Konzepte der Selbstbeobachtung des modernen Krisenjournalismus“. In: Imhof, Kurt; Schulz, Peter (Hg.): *Medien und Krieg - Krieg in den Medien*. Zürich, S. 171-191.
- Luhmann, Niklas (1975): „Öffentliche Meinung“. In: Luhmann, Niklas (Hg.): *Politische Planung. Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung*. Opladen, S. 9-34. (Orig. 1970).
- Marcinkowski, Frank (1993): *Publizistik als autopoietisches System. Politik und Massenmedien. Eine systemtheoretische Analyse*. Opladen.
- Mayring, Philipp (1993): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. Weinheim, 4. Aufl.
- Menzel, Ulrich (1998): *Globalisierung versus Fragmentierung*. Frankfurt a.M.
- Neidhardt, Friedhelm (1985): „Große Wirkungen kleiner Reize - symbolisch vermittelt. Zur Soziologie des Terrorismus“. In: Lutz, Burkart (Hg.): *Soziologie und gesellschaftliche Entwicklung. Verhandlungen des 22. Deutschen Soziologentages in Dortmund 1984*. Frankfurt a.M./New York, S. 322-333.
- Pelinka, Anton (2001): „Zu den Fallstricken des Multikulturalismus. Wider die Vereinfachung des ethnischen Kulturbegriffs“. In: Erna Appelt (Hg.): *Demokratie und das Fremde. Multikulturelle Gesellschaften als demokratische Herausforderung des 21. Jahrhunderts*. Innsbruck/Wien/München, S. 153-166.
- Reents, Jürgen (2002): *Brief des Chefredakteurs des ND an den Verfasser vom 23.07.2002*.
- Ross, Marc Howard (2001): „The Political Psychology of Competing Narratives: September 11 and Beyond“. In: Social Science Research Council (Hg.): *After Sept. 11*. <http://www.ssrc.org/sept11/essays/ross>.
- Rühl, Manfred (1980): *Journalismus und Gesellschaft. Bestandsaufnahme und Theorieentwurf*. Mainz.
- Sachse, Katrin (2002): „Zur Lage der Nation“. In: *Focus*, Nr.1, S. 44-56.
- Schenk, Michael (1987): *Medienwirkungsforschung*. Tübingen.
- Schönbach, Klaus (1977): *Trennung von Nachricht und Meinung. Empirische Untersuchung eines Qualitätskriteriums*. Freiburg/München.
- Snow, David A.; Rochford, Burke E.; Worden, Steven K.; Benford, Robert D. (1986): „Frame Alignment Processes, Micromobilization, and Movement Participation“. In: *American Sociological Review*, Vol.51, S. 464-481.
- Sofsky, Wolfgang (2001): „Elemente des Terrors“. In: Hoffmann, Hilger; Schoeller, Wilfried F. (Hg.): *Wendepunkt 11. September 2001. Terror, Islam und Demokratie*. Köln, S. 27-41.

- Tedeschi, Richard G.; Calhoun, Lawrence G. (1995): *Trauma & Transformation. Growing in the Aftermath of Suffering*. Thousand Oaks/London/New Delhi: Sage.
- Tibi, Bassam (1996): „Multikultureller Werte-Relativismus und Werte-Verlust. Demokratie zwischen Werte-Beliebigkeit und pluralistischem Werte-Konsens“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 52-53/1996, S. 27-36.
- Tibi, Bassam (2001): „Leitkultur als Wertkonsens. Bilanz einer missglückten deutschen Debatte“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 1-2/01, S. 23-26.
- Vorländer, Hans (2001): „Die Wiederkehr der Politik und der Kampf der Kulturen“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 52-53, S. 3-6.
- Waldmann, Peter (2001): „Terrorismus - unterschätzte oder überschätzte Bedrohung“. In: Leggewie, Claus; Münch, Richard (Hg.): *Politik im 21. Jahrhundert*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 390-404.
- Wiebersiek, Kathrin (2002): „Run auf die Information“. In: *message*, H.1, S. 44-47.
- Wilke, Jürgen (1999): „Leitmedien und Zielgruppenorgane“. In: Wilke, Jürgen (Hg.): *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 302-329.
- Institute for American Values (2002): *What We're Fighting For*. http://www.propositionsonline.com/Fighting_For/fighting_for.

Anschrift des Autors:

Matthias Junge

Zinkenwörth 35

D - 96047 Bamberg

E-Mail: junge.matthias@freenet.de